

Schlussreport Symposium «Die Zukunft der medizinischen Grundversorgung - Sind wir bereit?»

Bern, 16. September 2026

Das von Intergenerika organisierte Symposium brachte rund 80 Fachpersonen aus Politik, Behörden, Industrie und Gesundheitswesen zusammen. Die Diskussionen zeigten deutlich: Die Schweiz steht bei der Sicherheit der medizinischen Grundversorgung vor strukturellem Reformbedarf, insbesondere bei Generika und Biosimilars. Ein breiter Konsens bestand darin, dass moderne regulatorische Rahmenbedingungen, wirtschaftlich tragfähige Preise und eine engere europäische Zusammenarbeit notwendig sind.

Präsentationen der Referentinnen und Referenten

Zu Beginn präsentierten **Thomas de Courten** (Präsident Intergenerika), **Agnès Mathieu-Mendez** (Head of Unit in the European Commission DG Santé), **Anne Lévy** (Direktorin BAG), **Guido Saurer** (Stv. Bereichsleiter Wirtschaftspolitik & Bildung, economieuisse) sowie **Dominic de Souza** (Global Head Portfolio Transformation Sandoz Anti-Infectives) ihre Analysen zur aktuellen Versorgungslage.

Thomas de Courten eröffnete den Anlass mit einer klaren Standortbestimmung: Die Versorgungssicherheit sei heute nicht mehr nur eine technische Frage, sondern eine gesundheitspolitische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Aufgabe. Er verwies auf zunehmende Engpässe bei essenziellen Medikamenten, die wachsende Abhängigkeit von globalen Lieferketten und die Verletzlichkeit der Schweiz trotz eines starken Gesundheitssystems. Er betonte die systemrelevante Rolle von Generika und Biosimilars, die 42% des Volumens abdecken, aber nur 3,2% der OKP-Kosten verursachen und das Gesundheitssystem in den letzten zehn Jahren um rund 5,4 Mrd. CHF entlasteten. Gleichzeitig warnte er vor der Preiserosion im Tiefpreissegment und forderte realistische Rahmenbedingungen, differenzierte WZW-Prüfungen, den Abbau von Fehlanreizen, echte Digitalisierung und eine engere europäische Zusammenarbeit.

Agnès Mathieu-Mendez per Video aus Brüssel zugeschaltet, zeigte die Chancen des neuen Critical Medicines Act (CMA), den die EU geschaffen hat, um die zunehmenden Medikamentenengpässe gezielt zu bekämpfen. Der CMA stärkt die europäische Koordination, schafft gemeinsame Standards und beschleunigt Zulassungen. Sie wies darauf hin, dass diese engere Zusammenarbeit der EU-Länder bei knappen Medikamenten die Versorgung von Nicht-EU-Staaten wie der Schweiz erschweren kann, weil EU-Mitgliedsländer priorisiert beliefert werden. Daher wird eine enge Anbindung der Schweiz an die CMA-Strukturen zentral, um Zugang zu Informationen, Frühwarnmechanismen und gemeinsamen Massnahmen zu erhalten.

Anne Lévy zeigte, dass Engpässe strukturell geworden sind und vor allem günstige, essenzielle Medikamente betreffen. Der Bund reagiert deshalb mit regulatorischen Vereinfachungen, mehr Transparenz, einer Kategorisierung essenzieller Arzneimittel und dem direkten Gegenentwurf zur Versorgungssicherheits-Initiative. Ziel ist die Sicherstellung der Behandlungskontinuität und robustere Lieferketten.

Guido Saurer betonte, dass Gesundheits- und Medikamentenkosten parallel steigen, der Medikamentenanteil aber stabil bleibt. Generika und Biosimilars sind tragende Pfeiler der Versorgung, jedoch besonders engpassgefährdet. Ursachen sind globale Abhängigkeiten, die kleine Marktgrösse der Schweiz und regulatorische Hürden. Er plädierte für vereinfachte Zulassungen, Diversifikation und wirtschaftlich tragfähige Preise.

Dominic de Souza verdeutlichte die hohe Verwundbarkeit der Antibiotika-Lieferkette: Europa und die USA hängen stark von China und Indien ab. Sandoz betreibt den letzten vollintegrierten Penicillin-Standort in Europa. Marktmechanismen wie Tiefpreis-Ausschreibungen und steigende Rohstoffkosten gefährden die europäische Produktion. Er forderte langfristige Volumenverträge, strategische Reserven und staatliche Unterstützung.

Fallbeispiele aus der Industrie

Andrej Salát (General Manager Mepha und Teva) zeigte am Beispiel des Onkologikums Vincristin, wie gefährlich die Anbieterkonzentration geworden ist: Ein Produktionsausfall führte europaweit zu einem fast vollständigen Engpass, weil nur noch zwei Hersteller existierten. Ursache ist die Preisspirale nach unten, die Firmen aus der Produktion drängt und die Versorgung verwundbar macht.

Hans-Peter Borger (General Manager Spirig) bestätigte, dass Spirig die Produktion von Vincristin aus Rentabilitätsgründen eingestellt hat. Er zeigte, dass Preissenkungen oft kaum Einsparungen für die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) bringen, aber die Hersteller stark treffen – etwa beim Beispiel Ibuprofen, wo eine durch das BAG geplante Senkung von 24% des Fabrikabgabepreises letztlich aufgrund der hohen Handelsmarge nur minimale Effekte auf den Publikumspreis hat – und dementsprechend der Einspareffekte für die OKP minim ist, die Versorgungssicherheit beim Schmerzmittel hingegen dadurch gefährdet wird.

Yvonne Ehrmann (General Manager Sandoz) betonte die Bedeutung von Generika und Biosimilars, die das Gesundheitssystem jährlich um rund 700 Mio. CHF entlasten. Besonders Biosimilars bieten grosses Sparpotenzial und erweitern den Zugang zu modernen Therapien. Gleichzeitig warnte sie: Übermässiger Preisdruck macht den Vertrieb im kleinen Schweizer Markt schnell unrentabel.

Podiumsdiskussion

Das Podium mit **Andreas Faller** (Geschäftsführer mehrerer nationaler Gesundheitsverbände), **Martine Ruggli** (Präsidentin Pharmasuisse), **Christoph Amstutz** (Leiter Fachbereich Heilmittel BWL), **Benjamin Roduit** (Nationalrat) und **Hans-Peter Borger** (GM Spirig) war sich einig: Die Schweiz braucht koordinierte Reformen, mehr Transparenz in Lieferketten und eine stärkere europäische Anbindung.

Die Diskussionen zeigten klar, dass die Schweiz bei der Versorgungssicherheit strukturelle Reformen benötigt. Besonders hervorgehoben wurde, dass es

- modernere und schnellere Zulassungsprozesse braucht, um Markteintritte zu erleichtern und Engpässe zu reduzieren.
- wirtschaftlich tragfähige Preise für tiefpreisige Generika notwendig sind, damit Hersteller im Markt bleiben und die Versorgung gesichert bleibt.
- eine intensivere Zusammenarbeit mit der EU im Rahmen des Critical Medicines Act benötigt wird, um Zugang zu Frühwarnmechanismen, Daten und koordinierten Massnahmen zu erhalten.
- eine Stärkung der europäischen Produktion essenzieller Arzneimittel braucht, um Abhängigkeiten zu reduzieren und die Resilienz zu erhöhen.

Besonders betont wurde zudem ein Punkt, der in der politischen Debatte oft zu kurz kommt: Der Nutzen von Generika und Biosimilars muss stärker sichtbar gemacht werden. Martine Ruggli unterstrich, dass die Diskussion nicht allein über Preise geführt werden darf. Generika und Biosimilars leisten einen erheblichen Beitrag zur Vermeidung von Spitalaufenthalten, zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Verlängerung der Lebenserwartung. Ihr gesellschaftlicher und gesundheitlicher Nutzen müsse deshalb gleichwertig neben den Kosten betrachtet werden – insbesondere bei regulatorischen Entscheiden und Preisüberprüfungen.

Bedeutung für Intergenerika

Intergenerika wird die Erkenntnisse aus dem Symposium nutzen, um die politische Debatte weiter voranzutreiben und konkrete regulatorische Verbesserungen einzufordern. Die Beiträge bestätigten die strategische Bedeutung von Generika und Biosimilars für die Stabilität der medizinischen Grundversorgung.

„Wenn wir Versorgungssicherheit ernst nehmen, müssen wir den Blick weiten: Nicht nur auf den Preis, sondern auf den enormen Nutzen, den Generika und Biosimilars für unsere Gesellschaft schaffen. Sie halten Menschen gesund, verhindern Spitalaufenthalte und sichern den Zugang zu wirksamen Therapien. Erst wenn dieser Nutzen politisch und regulatorisch gleichwertig berücksichtigt wird, entsteht ein System, das langfristig stabil, resilient und für alle verlässlich bleibt.“

Dr. Lucas Schalch, Geschäftsführer Intergenerika

Kontakt

Dr. Lucas Schalch

Telefon: 079 667 47 24

E-Mail: lucas.schalch@intergenerika.chwww.intergenerika.ch